
S 5 RJ 4167/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	11
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 RJ 4167/03
Datum	20.01.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 R 454/04 B
Datum	29.06.2006

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Beschwerde der KlÄgerin gegen den Beschluss des Sozialgerichts Stuttgart vom 20. Januar 2004 wird zurÄckgewiesen.

GrÄnde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Beschwerde der KlÄgerin/BeschwerdefÄhrerin (Bf) ist zulÄssig, jedoch nicht begrÄndet.

Streitgegenstand des Verfahrens ist der einheitliche Anspruch der KlÄgerin auf eine hÄhere Rente, weshalb kein Rechtsanspruch darauf besteht, dass nur ein Teil des Verfahrens (40 % â KÄrzung â Â§ 22 Abs. 4 Fremdrentengesetz â FRG -) ausgesetzt und Äber die Begrenzung der Entgeltpunkte (EP) nach [Â§ 22 b FRG](#) entschieden wird. Der KlagebegrÄndung ist eine BeschrÄnkung der Gestalt, dass die KlÄgerin lediglich hÄhere Rente ohne Begrenzung auf 25 EP begehrt, nicht zu entnehmen. Vielmehr hÄlt sie die Änderungen der genannten Vorschriften durch das Wachstums- und BeschÄftigungsfÄrderungsgesetz (WFG) vom 25.09.1996 in ihrem Fall fÄr nicht anwendbar.

Entgegen der Auffassung der KlÄgerin war zum Zeitpunkt der Entscheidung der

Beklagten (Bescheid vom 01.10.2002/Widerspruchsbescheid vom 09.07.2003) jedoch [Â§ 22 Abs. 4](#) und 22 b Abs. 1 Satz 1 FRG i. d. F. des WFG und ergänzt um Satz 3 durch Art. 12 Nr. 2 des RRG 1999 anwendbares Recht, da die Klägerin nicht vor dem 07.05.1996 ihren Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland genommen hat, sondern am 15.05.1996 zugezogen ist.

Im Hinblick auf die Vorlage des BSG zur Verfassungsgem theit von [Â§ 22 Abs. 4 FRG](#) (in der Fassung des WFG) ist eine Aussetzung des Klageverfahrens nicht zu beanstanden.

Eine Aussetzung analog [Â§ 114 Abs. 2 SGG](#) ist zulässig, wenn wegen der entscheidungserheblichen Frage schon mehrere Verfahren über denselben Sachverhalt vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig sind, nicht zu erwarten ist, dass weitere Vorlagen die Entscheidung beeinflussen können und mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in absehbarer Zeit zu rechnen ist (vgl. Meyer-Ladewig, Kommentar zum SGG, Rdnr. 7 b zu Â§ 114). Dieser Fall ist vorliegend gegeben, denn das Bundesverfassungsgericht soll nicht durch eine Vielzahl von gleichgelagerten Verfahren überschwemmt werden.

Im übrigen sind zwischenzeitlich auch Verfassungsbeschwerden im Hinblick auf [Â§ 22 b Abs. 1 Satz 1 FRG](#) in der Fassung des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes vom 21.07.2004 mit Rückwirkung zum 07.05.1996 anhängig, nachdem das BSG die echte Rückwirkung ausnahmsweise für zulässig erachtet hat (Entscheidungen des 8. Senats vom 21.06.2005 und des 5. Senats vom 05.10.2005).

Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar ([Â§ 177 SGG](#)).

Erstellt am: 06.07.2006

Zuletzt verändert am: 21.12.2024